

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

17.5.1919 (No. 115)

Und militärische Maßnahmen der italienischen Heeresleitung ergangen, die eine Teilnahme Italiens an der vorausgerichteten Befreiung Deutschlands als wahrscheinlich erscheinen lassen. — Wie dem „Berl. Tagebl.“ aus Augsburg berichtet wird, bestätigen Reisende, welche aus Tirol kommen, übereinstimmend die auffällige Tatsache, daß die Italiener härtere Kräfte in der Umgebung von Kufstein direkt an der bayerischen Grenze zusammenziehen.

Ein englisches Eingeständnis.

* Einer der Hauptjournalisten der Vorkriegs-Presse veröffentlicht in der englischen Zeitschrift „Common Sense“ einen Artikel „Die Hunnen von 1940“ auf Grund einer Untersuchung mit einer medizinischen Autorität. Hervorgehoben sind folgende Ausführungen:

„Wenn deutsche Eltern heute schlecht ernährt oder unterernährt oder halbverhungert sind oder durch die tausend unheimlichen sogenannten Nahrungsergänzungsmittel, mit denen sie sich jetzt erhalten, vergiftet werden, so wird ihre Nachkommenschaft dementsprechend minderwertiges Erzeugnis sein. Sie wird in weitem Maße allen möglichen Varietäten erheblicher Leiden unterworfen sein. Sie wird in geringem Maße widerstandsfähig sein gegen die Ansteckung durch Tuberkulose. Sie ist möglicherweise verkrüppelt, mißgebildet oder im Wachstum unternormal. Es ist gewiß, daß kein noch so reichliches Hanteln, Reulenschwingen oder preußischer Kasernendrill, kein noch so ergiebiges Anwenden der Gymnastik in den so gerühmten deutschen Turnvereinen die Arme und Beine von Kindergeräderten kann, die von schlecht ernährten Eltern stammen, oder gutes rotes Blut in ihre blutarmen Adern zu pumpen vermag oder auf andere Weise die dauernden Spuren abändern kann, die die Natur ihren mangelhaften Konstitutionen eingegraben hat.“

Am Schluß dieses Artikels wurde eine Erklärung der befragten ärztlichen Autorität wiedergegeben, die folgendermaßen lautete:

„Ich gehe weit im Vorausblick Deutschlands; ich spreche aus, daß nicht nur Zehntausende von ungeborenen Deutschen ein Leben physischer Minderwertigkeit vorausbestimmt ist, so gewiß als sei ihnen durch Rechtsverfahren ein solches Urteil gesprochen, sondern daß Tausende von noch nicht erzeugten Deutschen, wenn ihre Zeit gekommen sein wird, einem solchen Schicksal ins Angesicht schauen werden. Malaria wird vielleicht die gefährlichste Form sein, in der der untaugliche Deutsche der Nachkriegsperiode angetroffen werden wird. Man nennt in Deutschland die Malaria die „englische Krankheit“. Nun wohl, es kann dazu kommen, daß sie diese Bezeichnung in Zukunft noch besser als in der Vergangenheit verdient, denn die britische Malaria ist an erster Stelle verantwortlich für Deutschlands jegliche Ernährungsnot und Injüngelwesen für die Dauerwirkungen, die deren Folge sein werden.“

Es wird schwer halten, in der Geschichte aller Zeiten den Völkern ein Verbrechen einer gleich satanischen Unmenschlichkeit ausfindig zu machen, wie das vorstehende.

Ein Gruss der Sowjetrepublik an Deutschland.

* Der russische Volkskommissar des Auswärtigen Tschitscherin tendet, laut W. L. W., folgenden Punkt an das deutsche arbeitende Volk:

„In dieser schweren Stunde, da die deutschen arbeitenden Massen eine fürchterliche Prüfung unter dem Schlage des feigen Imperialismus durchleben, senden ihnen die revolutionären Arbeiter und Bauern Rußlands ihren Gruss, den Ausdruck ihrer Teilnahme, Sympathie und Arbeiter солидарität. Der Imperialismus der Entente-Länder hat seine Gegner zu Boden geworfen und jetzt feiert er sein Siegesfest, welches jedoch, wir bezweifeln es nicht, von kurzer Dauer sein wird. Der gegnerische Imperialismus trachtet nur darnach, das besiegte Volk, das bisher sein Gegner war, empfindlich und schmerzhaft zu treffen, es vollkommen auszulöschen und in seine Entente-gefangenen und Sklaven zu verwandeln. Unerhörte Verachtung, eine unerhörte Anrechnung, das bedeutet für das deutsche werthvolle Volk der sogenannte Friedensvertrag, der ihm von den entmenschten Siegern schamlos aufgezwungen wird.“

Keine Gewalt, Verbrechen durch und durch, das ist der sogenannte Vertrag, den zu unterzeichnen man das entkräftete deutsche Volk nötigt. Gebiete mit unzweifelhaft deutscher Bevölkerung werden ihm entzogen, seine kostbarsten Naturkräfte werden ihm abgenommen. Es wird gezwungen, eine so unerhörte Kontribution zu zahlen, daß selbst wenn das ganze Volk Tag und Nacht ausschließlich für die Befriedigung seiner Sieger arbeitet, es dennoch nicht imstande sein würde, mit dieser Last fertig zu werden. Es wird so gründlich entzweit, daß in jedem Augenblick der Sieger ins Innere dieses Landes wird eindringen können, um ihm den letzten Stieb zu verwehen.“

Tschitscherin versichert, daß die werthvollen Massen Rußlands die schweren Leiden der Arbeiter und Bauern Deutschlands brüderlich mit empfinden werden. Er weist ferner darauf hin, daß schon die grenzenlose Schamlosigkeit und Bestialität der jede Vernunft vergessenden Sieger allein ein Beweis dafür ist, daß deren Wert der Gewalttätigkeit am Abend des zukünftigen Unterganges steht.

Zum Schluß hebt Tschitscherin hervor, daß in der unaufhaltsam wachsenden Weltrevolution der arbeitenden Massen, in der brüderlich revolutionären Solidarität der Arbeiter aller Länder, in der internationalen revolutionären Einigkeit das Pfand zur baldigen Befreiung Deutschlands liegt.

Seltsames aus der Pfalz.

* Man schreibt uns von unterrichteter Seite: Am 15. d. Mts. hat der Bayerische Landtag im Kaiserjubiläum der Residenz Bamberg in einer kraftvollen Kundgebung zu den Friedensbedingungen Stellung genommen. Er wendet sich in besonderer Weise gegen die Abtrennung ferndeutscher Gebiete im Osten und Westen und gelobt, daß alle Versuche unjener Feinde, Bayern durch Gewalt und Verrat vom Reich zu trennen und zu einem Sonderfrieden zu bringen, an der unerschütterlichen Treue des bayerischen Volkes zu scheitern werden sollen.

Dem gegenüber kommen Nachrichten aus der Pfalz, wonach am nächsten Sonntag auf Betreiben einer kleinen französisch gefärbten Clique die unabhängige pfälzische Republik mit Anschluß an Frankreich ausgerufen werden soll. Im übrigen Reich zweifelt man keinen Augenblick, daß sich die ebdürstende Mehrheit der ferndeutschen empfindenden pfälzischen Bevölkerung mit Absehen von diesem Treiben einiger dunklen Ehrenmänner abwendet, und man könnte über die ganze Sache mit einem verächtlichen Achselzucken hinweg gehen. Aber es verdient doch die schärfste öffentliche Brandmarkung, daß es überhaupt einige traurige Wesen gibt, die in diesem Augenblick gemeinsamer deutscher Not es über sich gewinnen, sich aus dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit dem großen deutschen Vaterland innerlich zu lösen. Daß die Franzosen hinter diesen Machenschaften stecken und durch Versprechen allerlei Vorteile im Trüben zu fischen versuchen, ist ja klar, auch wenn sich das Gerücht nicht bestätigen sollte, daß Marschall Koch, der Deutschenhasser und Gewaltmensch, dem an-

geblich die vorliegenden Friedensbedingungen noch nicht genügen, fisch höchstpersönlich am nächsten Sonntag zu dem feierlichen Akt der Ausrufung der Republik Rheinpfalz einfinden werde.

Zwangsverfügung zur Einstellung Arbeitsloser in Oesterreich.

Das Wiener Corr.-Bureau teilt mit: Das Staatsamt für soziale Verwaltung verfügte, daß jeder Gewerbeinhaber, der am 26. April d. J. wenigstens 15 Arbeiter oder Angestellte beschäftigt, verpflichtet ist, vom 19. Mai an ein Fünftel mehr Arbeiter oder Angestellte in seinem Betriebe einzustellen und bis zum 31. August d. J. den Stand seiner Arbeitskräfte auf dieser Höhe zu erhalten, damit die Zahl der Arbeitslosen vermindert werde.

Badische Uebersicht.

* Badische Wochenrückblicke.

Die abgelaufene Woche stand auch für unsere engere badische Heimat im Zeichen des Einspruchs gegen die von der Entente aufgestellten Bedingungen des Gemaltfriedens. Seit dem Herbst 1914 hat kaum ein Ereignis die Gemüter in gleichem Maße erschüttert, wie die Bekanntgabe der einschneidenden Forderungen, deren Bewirkung unser Volk der Elaverei, dem Hunger und der sicheren Vernichtung in die Arme schleudern würde. Immer wieder fragt man sich, ob dieser ganze scheußliche Mordplan gegen ein Volk von 70 Millionen wirklich von Menschengehirnen ausgeht worden konnte. Grauenhafter ist nie ein Glaube betrogen worden als das Vertrauen mit dem wir uns der Entente auf Wilsons feierliche Versprechungen hin in die Hände gaben. Vergebens sucht man sich die Beweggründe zu erklären, die den Präsidenten zur Unterzeichnung dieser aller Gerechtigkeit und Menschlichkeit höhnepredenden Bedingungen veranlassen konnten. Daß unser badisches Wirtschaftsleben durch die Losreißung des Rheins und die Ausbeutung der Wasserkräfte des Oberrheins zugunsten Frankreichs auch unmittelbar auf das Schicksal der badischen Bevölkerung noch besonders dazu bei, uns die ganze Furchtbarkeit der Lage erkennen zu lassen. Aus diesem Empfinden heraus hat denn auch im ganzen Lande eine einhellige Protestbewegung eingeleitet. Landtag, Landtag bereinigt die Stimmen zu einem einhelligen Nein gegenüber diesen Bedingungen. Der ersten Kundgebung der Regierung an das badische Volk schloß sich am nächsten Tage schon das Präsidium des Landtages an. Und diesen ersten Einspruchserklärungen folgten alsbald im gleichen Sinne gehaltene, vom Geist unbegrenzter Entschlossenheit durchdrungene Proteste politischer Parteien und zahlreicher Berufsvereinigungen aus dem ganzen Lande. In den Städten fand sich die Bürgerchaft zu gewaltigen Massenemonstrationen zusammen, die zum Teil des ungeheuren Andrangs wegen unter freiem Himmel abgehalten werden mußten. Ihren Mittelpunkt fanden die Kundgebungen in der geistigen denkwürdigen Sitzung des Landtags, in der Staatspräsident Geiß in außerordentlich glücklich gewählten, ebenso würdigen, wie einschneidenden Worten die Auffassung der Regierung darlegte, u. unter Hinweis auf die furchtbaren Folgen einer neuen Saat des Hasses und unter nochmaligen Appell an die Ehre Wilsons und das Gewissen der Gegner unter einhelliger Zustimmung sämtlicher Parteien erklärte: Wir sind entschlossen, das Schicksal zu tragen für die Zukunft unseres Volkes, für die Zukunft unserer Kinder. Wir verzichten nicht auf unser Recht; für diesen Vorschlag haben wir nur ein einziges Wort: „unannehmbar“. Diese Willensbekundung, die auch der Landtag u. mit ihm das bad. Volk zu derartigen machen, sowie die vorausgegangenen Kundgebungen im Lande werden auch in den Augen Wilsons und der Vernünftigen unter unseren Feinden umso schwerer wiegen, als gerade Baden dasjenige Land ist, das die Folgen des eventuellen Scheiterns der Verhandlungen von Versailles als Grenzland voraussichtlich in erster Linie zu tragen hätte. Sie werden dem Gegner vielleicht die Ueberzeugung beibringen, daß er es mit einem Volke zu tun hat, das zu äußerster Verzweiflung getrieben, tatsächlich kaum mehr etwas zu verlieren hat. Hoffen wir mit dem Staatspräsidenten, daß die Entwürfe der Vernunft und der Gerechtigkeit bei unseren Feinden siegen! Halten wir uns aber auch an seine Mahnung, über alle Parteigegensätze hinweg nur an das Vaterland zu denken!

In Entschleunigung einer Reihe kaufmännischer und gewerblicher Interessentenvereinigungen kam in jüngster Zeit die Befürchtung einer Sozialisierung des Kleinhandels zum Ausdruck. Demgegenüber verdient eine Äußerung besondere Beachtung, die Kultusminister Hummel dieser Tage einer Blättermeldung zufolge in einem politischen Vortrag fallen ließ. Der Minister erklärte, daß alle aus Norddeutschland kommenden Berichte über eine Sozialisierung des Kleinhandels in das Reich der Phantasie gehören und nichts weiter seien als ein reaktionärer Schreckensbild. Man dürfe überzeugt sein, daß die Regierung auf dem Gebiete der Sozialisierung nichts unternehmen werde, was nicht sorgfältig und gewissenhaft erwogen sei. Die badische Regierung werde sich dementsprechend den allgemeinen Massenprotesten gegen die Sozialisierung des Kleinhandels erst recht nicht verschließen können. Bekanntlich hat auch der Oberbürgermeister von Karlsruhe kürzlich im Bürgerausschuß erklärt, daß ihm von einer angeblich bei der Stadtverwaltung bestehenden Absicht der Kommunalisierung von Bäckereien, Metzgereien und Brauereibetrieben usw. nichts bekannt sei. Auch wir sind der Ansicht, daß in Baden zum mindesten in maßgebenden Kreisen nirgends der Gedanke an eine Sozialisierung oder Kommunalisierung der Kleinbetriebe besteht. Wurde doch regierungsfreudig schon wiederholt und deutlich erklärt, daß nur diejenigen Großbetriebe in den Besitz der Allgemeinheit überführt werden sollen, die für eine Sozialisierung reif seien, wie Wasserkräfte, Bergwerksunternehmungen usw. Daß der Kleinhandel und das Kleingewerbe nicht zu diesen Kategorien zu zählen sind, liegt auf der Hand, und man könnte mit Recht die Frage aufwerfen, was denn eigentlich an diesen Betrieben so sozialisieren wäre.

Zum Schluß kamen dieser Tage günstige Nachrichten über den Stand der Typhusepidemie aus Forzheim. Man kann danach hoffen, daß ein weiteres Ausbreiten der Seuche, das beim Eintritt der wärmeren Witterung zu befürchten war, verhütet werden kann. Einen großen Teil des Verdienstes an der Eindämmung der Epidemie dürfen sich die Einwohner der Landbezirke zuschreiben, in denen seit Wochen eine eifrige Tätigkeit zur Sammlung geeigneter Nahrungsmittel für die Erkrankten u. die infolge langer Unterecknung am meisten Gefährdeten eingesetzt hat. Wenn etwas geeignet ist, zur Befestigung der Verbitterung beizutragen, die vielfach zwischen Stadt und Land besteht, so ist es der Gedanke an diese uneigennütige Hilfsaktion. Es wäre zu wünschen, daß die Namen und Leistungen der Gemeinden, die sich in dieser

Sinicht auszeichnen, einmal zusammenfassend bekanntgegeben würden.

Die Handelskammer Mannheim zu den Friedensbedingungen.

* Die Handelskammer in Mannheim hat in ihrer Vollversammlung vom 13. Mai zu den Friedensbedingungen Stellung genommen. Sie hat einmütig den Standpunkt vertreten, daß der von unseren Feinden vorgelegte Vertrag unannehmbar ist, weil er undurchführbar, vernichtend und entehrend ist.

Im einzelnen beschäftigte sich die Kammer eingehend mit den Bedingungen, die uns A d e n e r angehen, besonders mit den Vorschriften über die Rheinschifffahrt. Auch hier zeigt sich, so schreibt man uns, in jedem einzelnen Satz deutlich die Wille unjener Feinde, uns wirtschaftlich zu erdroffeln und in völlige Abhängigkeit zu bringen. Nur einige besonders markante Punkte seien angeführt:

Eine große Anzahl unserer Rheinschiffe und zwar die besten und neuesten müssen an die Entente abgegeben werden, wodurch die Entente in der Lage ist, die einheimische Schifffahrt völlig zu verkrüppeln; ebenso gehen die Hafenanlagen und Docks deutscher Reedereien nicht nur in dem annerkanten Gebiet, sondern auch in dem neutralen Holland in den Besitz unjener Feinde über. Eine internationale Kommission wird die Kontrolle über die Rheinschifffahrt ausüben, zu der wir nur vier Vertreter entsenden dürfen und zwar nicht vom Reich aus, sondern je einen von Seiten der vier an den Rhein grenzenden Bundesstaaten. Die Franzosen stellen, obwohl ihr Anteil am Rheinerfluß noch nicht ein Fünftel des unjeren ausmacht, ebenfalls vier Vertreter und außerdem den Präsidenten, während die restlichen 11 Stimmen in der Kommission sich auf England, Italien, Belgien, Holland und Schweiz verteilen. Deutschland hat sich von vornherein zu verpflichten, alle Entscheidungen der Kommission anzuerkennen. Straßburg und Rehl werden freihalten erhalten und dadurch ein großes Übergewicht im Rheinerfluß über die anderen deutschen Rheinhäfen gewinnen. Aber das Gebiet von Rehl beanpruchen die Franzosen auf die Dauer von 7—10 Jahren volle Verfügung, um ihre oberheinhischen Schiffsahrts- und Wasserkräftepläne zu unjeren Ungunsten durchsetzen zu können.

Dazu kommen die Bedingungen, welche unsere Nachbarländer durch Annelion für immer und die Pfalz für 15 Jahre politisch von uns losreißen. Auch ist die Rückgabe des Saarbeckens und damit seiner für die Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens erforderlichen Kohlen- und Eisenerz mehr als ungewiß. So werden gerade für Baden und Mannheim im besonderen die engen Beziehungen zu den Nachbarländern aufs schwerste gefährdet werden.

Die Entlassung der militärischen Angestellten in Baden.

B. C. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Durch die rasche Demobilisierung und die Entlassung der Masse der Kriegsteilnehmer war die Einstellung zahlreicher Hilfskräfte zur Abwicklung der Entlassungsgeschäfte notwendig geworden. Bei den meisten Militärbehörden Badens konnten die Hilfskräfte nicht wie erwünscht dem aktiven Militärdienst entnommen werden. Es wurden, um auch gleichzeitig der Arbeitslosigkeit im Kaufmannsberufe zu wehren, Zivilangestellte angenommen; jedoch mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß sie sich einen Lebensberuf dadurch nicht gründen könnten und später nach durchgeführter Entlassung des Heeres mit einer Verringerung der Bezüge rechnen werden müßte. Dieser Moment ist nun eingetreten. Die Entlassung des Heeres ist erfolgt, und aus der fortgeführten Aufarbeitung der von alten Heere zurückgelassenen Arbeiten ergibt sich nunmehr sehr verständlich eine Verminderung der Arbeitslast und es muß dadurch sinngemäß auch eine Verringerung der Angestellten Hilfskräfte aus Sparmaßregeln eintreten. Bei der trotzlosen Finanzlage des Reiches ist der Militärischismus so wenig wie irgend eine Bülhstema in der Lage, Arbeiter lediglich deswegen zu halten, weil sie sonst kein gleichgültigstes Unterkommen finden können.

Auf die Strafe wird jedoch niemand gefeßt, es hat aber aus den oben genannten Gründen verfaßt werden müssen, daß das aktive Militärpersonal, für das in erster Linie der Militärischismus auf Grund seiner langjährigen Kriegs- und Friedensdienstzeit zu sorgen verpflichtet ist und das durch die Auflösung des Heeres sonst auf der Strafe liegt, in Militärbehörden, soweit es sich dazu eignet, berufen wird und daß das Personal auf die vom Kriegsministerium durch das Reichsfinanzamt vorgeschriebenen Zahl von Hilfsarbeitern verringert wird. Bei etwa notwendigen Entlassungen sind in erster Linie die Familienverhältnisse (verheiratet, unverheiratet, Kinderzahl) sowie die Erwerbsmöglichkeit, Lage des Arbeitsmarktes und das Alter zu berücksichtigen.

Die Forderung der Verminderung des Personals wird auf einen langen Zeitraum verteilt. Der Endtermin ist der 1. August. Alle arbeitgebenden Militärbehörden haben diese notwendigen Maßnahmen im engen Einvernehmen mit den Arbeitsämtern der Erwerbslosenfürsorge und den Angestelltenämtern der Arbeitsbeschaffung in jeder Weise beihilflich zu sein. Auf diese Weise wird wohl den berechtigten Interessen aller auf eine unparteiische Lösung rechnenden Hilfsarbeiter sowie aktive Militärpersonen Rechnung gelassen und werden unnötige Härten in der heutigen Zeit vermieden.

Verband südwestdeutscher Industrieller.

B. C. Der Verband südwestdeutscher Industrieller hielt vor kurzem in Karlsruhe eine Vorstandssitzung und eine Mitgliedserversammlung der Abteilung Wasserwirtschaft ab. Darin wurde besonders über die Energieversorgung Badens und Südwestdeutschlands beraten. Im Anschluß daran tagte der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes. Darauf hielt das Direktorium des Verbandes unter dem Vorsitz des Kommerzienrates Stöck-Biegelhausen seine 22. ordentliche Plenarsitzung ab, die von Vertretern aller Bezirksvereine und staatlichen Behörden besucht war. Das Direktorium genehmigte verschiedene Satzungsänderungen der Abteilung Wasserwirtschaft. Verbandspräsident Dr. Nied hielt einen Vortrag über die Erweiterung der Abteilung Wasserwirtschaft durch den Verband badischer Wasserkraftbesitzer. Über die Frage der Neuregelung der Kohlenwirtschaft und der Elektrizitätsversorgung berichteten Diplomingenieur Gleichmann-Mannheim und Kommerzienrat Stieglitz-Mannheim. Direktor Oskar Biring-Mannheim hielt einen Vortrag über den Entwurf zu einem Rahmengesetz über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben. Weitere Beratungsgegenstände bildeten die Forderung beschleunigter Behandlung von Ausfuhrbewilligungsanträgen und die Förderung der Ausfuhr.

Der Aktionsausschuss zur Einigung des Proletariats.

* Der sozialdemokratische Karlsruher „Volksfreund“ schreibt: „Zu unserm am 6. Mai unter obiger Überschrift erschienenen

Artikel (von dem wir auch in unserem Blatt Notiz nahmen; Red. d. „Karlsruher Ztg.“) geht uns vom Mannheimer Aktionsausschuss eine auffällende Mitteilung zu, aus der wir ersahen, daß die Bestrebungen in Mannheim zur Einigung des Proletariats durchaus ehrlichen Charakter haben. Die Mannheimer Genossen, die sich im dortigen Aktionsausschuss zusammengefunden haben, haben samt und sonders das ehrliche Bestreben, die Einigung der Arbeiterschaft herbeizuführen und gemeinsam dem Ziel zuzustreben, dessen Erreichung der christliche Wunsch eines jeden Sozialisten ist. Und die Genossen in Mannheim haben ja auch schon gewisse Erfolge zu verzeichnen. Feststellen wollen wir auch, daß nach Verhinderung der Mannheimer Genossen, sich die Tätigkeit des Aktionsausschusses keineswegs auf die Befreiung der Arbeiter richtet. Alle nicht streng mit der Einigung in Verbindung stehenden Fragen scheiden bei den Besprechungen absolut aus. — Was die Geldangelegenheit betrifft, so ist festzustellen, daß die Gelder zur Bestreitung der Ausgaben durch Sammellisten, die in den Betrieben zirkulieren, aufgebracht werden, und daß über Einnahmen und Ausgaben genau Rechnung abgelegt wird.

Wir möchten diesen auffällenden Bemerkungen unserer Mannheimer Genossen gegenüber feststellen, daß sich unsere Ausführungen hauptsächlich auf Beobachtungen und Feststellungen gründeten, die wir in Karlsruhe gemacht haben. Unser Mißtrauen gegenüber den „Unabhängigen“ ist wohl begründet und kann durch die kurze Tätigkeit eines Aktionsausschusses nicht beseitigt werden. Wir können nur nochmals feststellen, daß seitens der führenden Genossen der Mehrheitspartei in Karlsruhe niemand im Aktionsausschuss sich befindet, von den „Unabhängigen“ dagegen der Landesvorsitzende Kruse und der Redakteur und Agitator Dietrich. Der Einwand, daß diese Herren auch noch im Arbeitsverhältnis stehen, ist für uns eine leere Ausrede. Sollte im Karlsruher Aktionsausschuss eine Klärung eintreten, sollte dort derselbe ehrliche Wille zur Erreichung des schönen Ziels vorhanden sein, wie er in Mannheim vorhanden ist, so sind wir gerne bereit, die Arbeit nach jeder Richtung hin mit all unseren Kräften zu unterstützen.

Aufgefundenes Geld.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Es wurde aufgefunden: am 2. März auf dem Bahnhof in Freiburg im Breisgau der Betrag von 2.50 Mark, am 7. März auf dem Bahnhof in Bruchsal der Betrag von 5 M.; am 8. März auf dem Bahnhof in Mannheim ein Geldbeutel mit 3.27 M.; am 8. März im Zug 357 ein Geldbeutel mit 9.82 M. abgeliefert in Heidelberg; am 9. März auf dem Bahnhof in Heidelberg der Betrag von 10 M.; am 9. März im Zug 444 ein Geldbeutel mit 8.32 M., abgeliefert in Bad Rappenau; am 10. März auf dem Bahnhof in Heidelberg ein Geldbeutel mit 15.20 M.; am 10. März auf dem Bahnhof in Heidelberg ein Geldbeutel mit 11.50 M.; am 10. März auf dem Bahnhof in Schallstadt eine Sammelmappe mit 6.25 M.; am 10. März im Zug 1643 eine Briefmappe mit 63 M., abgeliefert in Steinheim; am 11. März im Zug 1419 ein Geldbeutel mit 9 M., abgeliefert in Singen-Hohenbühl; am 11. März auf dem Bahnhof in Muggensturm ein Mäppchen mit 3.40 M.; am 13. März im Zug 265 eine Geldtasche mit 119.40 M., abgeliefert in Hausach; am 13. März im Zug 176 ein Geldbeutel mit 4.60 M., abgeliefert in Konstanz; am 15. März auf dem Bahnhof ein Geldbeutel mit 3.62 M.; am 15. März im Zug 904 eine Zigarettenmappe mit 32 M., abgeliefert in Freiburg-Breisgau; am 16. März auf dem Bahnhof in Mannheim ein Geldbeutel mit 21.07 M.; am 16. März auf dem Bahnhof in Petershausen ein Geldbeutel mit 3.07 M.; am 17. März im Zug 2314 ein Geldbeutel mit 151 M., abgeliefert in Forstheim; am 17. März auf dem Bahnhof in Bruchsal der Betrag von 5 M.; am 18. März im Zug 1413 ein Geldbeutel mit 7.20 M., abgeliefert in Hausach; am 19. März im Zug 8126 eine Geldtasche mit 7.28 M., abgeliefert in Heidelberg; am 19. März auf dem Bahnhof in Freiburg-Breisgau der Betrag von 5 M.; am 23. März auf dem Bahnhof in Oberkirch der Betrag von 4 M.; am 24. März auf dem Bahnhof in Bretten ein Geldbeutel mit 3.04 M.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 34 des Badischen Gesetzes- und Verordnungs-Blattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen: des Staatsministeriums; die Ordnung des Dienstes der Staatsbahnwagen und der Wobensbedampfschiffahrt betreffend; die Einrichtung der Kriminalpolizei nach der deutschen Gerichtsverfassung und Strafprozessordnung betreffend.

Amtliche Bekanntmachungen.

Tagesordnung zu der am Dienstag, den 20. Mai 1919, vormittags 8 Uhr, stattfindenden Bezirksratssitzung. Öffentliche Sitzung.

- Verwaltungssachen.
- Gesuch des Ludwig Dömer hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank in dem Hause Kellenstraße 27 „zum Guttenberg“ dahier.
 - Gesuch der Gustav Hartmann Eheleute hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank in dem Hause Rheinstraße 15 „zum Gorch“ dahier.
 - Gesuch des Wirts Adolf Rinderspacher hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank in dem Hause Akademiestraße 7 „zur Oberländer Weinstraße“ dahier.
 - Gesuch des Wirts Leonhard Winterhalder um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank in dem Hause Sophienstraße 95 zum Löwenbräuwerkler“ dahier.
 - Gesuch des Korneil Thoma hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank in dem Hause Kriegstraße 276 „zur roten Taube“ dahier.
 - Gesuch des Hermann Schneider hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft „zum Albi“ in dem Hause Göttingerstraße 43 dahier.
 - Gesuch des Otto Weiß hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank in dem Hause Rheinstraße 276 „zur Krone“ dahier.
 - Gesuch des Wirts Christian Gödel hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank in dem Hause Blumenstraße 23 „zum Blumenfels“ dahier.
 - Gesuch des Gottlieb Helmreich hier um Verlegung seiner Wirtschaftskonzession mit Branntweinschank auf das Haus Gartenstraße 68 „zum neuen Kaiserhof“.

ge. Weinheim, 14. Mai. Die Aussichten der Obsterte sind keineswegs so ungünstig, wie es bisher den Anschein hatte. Allerdings sind Pfirsiche, Aprikosen und Frühäpfel meist in der Blüte erstorben. Im übrigen haben aber die Obstbäume gut verblüht und bei den Spätäpfeln, Äpfeln, Birnen, Mirabellen und Zwetschgen lassen die Fruchtansätze auf eine zufriedenstellende Ernte günstige Aussichten offen.

oc. Donaueschingen, 16. Mai. Wegen umfangreicher Schenkungen ist der Vorstand des hiesigen Garnison-Soldatenrats, Mes, verhaftet worden. Bei seinen Schieberien, Unterschlagungen usw. soll es sich um ganze Wagenladungen handeln. Wie umfangreich die Schieberien des Mes waren, geht der „Konst. Ztg.“ zufolge daraus hervor, daß sich das Guthaben des Verhafteten bei einer hiesigen Bank auf über 100 000 M. belief.

Badische Zeitungsstimmen.

Zur Ruhestandsfrage der Beamten wird dem „Badischen Beobachter“ aus Kreisen mittlerer Eisenbahnbeamten geschrieben:

„Endlich einmal ein Schritt vorwärts“, das war das Empfinden, das der Ruhestandsler bei den jüngeren Beamten auslöste, die sich seit Jahren bezüglich ihrer Beförderung in geradezu trostlosen Zuständen befanden. An ein Vorwärtstommen war überhaupt nicht mehr zu denken und jetzt, wo die Verwaltung einseht, auf welche gefährliche Klippe sie mit ihrer verfehlten Personalpolitik geraten ist, wo sie, gedrängt von dem Druck der Verhältnisse, Verbesserungen zu schaffen und ihren zurückgebliebenen Beamten die Wege für ihr Fortkommen erschließen will, stellen sich neue Hindernisse entgegen. Es ist ein Teil der alten Herren, die mit 65, 70 und mehr Jahren zur Ruhe gestellt werden sollen, die sich immer noch nicht trennen können von ihren schönen Böstchen, die es nicht fassen wollen, daß auch noch andere einen Anspruch auf eine selbständige Stellung haben. Gerade diejenigen, die jetzt zur Ruheetzung in Frage kommen, sind es, die schon im Alter von 30 Jahren eigene Ämter bekleideten. Heute sitzen ihre Kollegen mit 45 und 50 Jahren noch an untergeordneten Posten, mit den denkbar schlechtesten Aussichten. Gelangten diese jetzt zur Selbständigkeit, so blieben ihnen noch 15, vielleicht 20 Jahre übrig; währenddem die alten Herren heute schon 80 und 85 Jahre selbständige Tätigkeit aufzuweisen haben. Die von der Regierung angeführte Begründung, daß die derzeitigen Verhältnisse die Ruheetzung „wünschenswert“ erscheinen läßt, ist gelinde ausgedrückt. Die Änderung ist dringend notwendig, da die Lage als ganz unhaltbar bezeichnet werden muß. Ist es dann wirklich so hart für einen alten, verdienten Beamten, der immer getreulich seine Pflicht tat, und in den letzten Jahren (wie bekannt) manchmal bis zur Erschöpfung gearbeitet hat, sich auszurufen, wo ihm doch die Regierung noch alle Vorteile zusichert? Er müßte eigentlich froh sein, daß ihm endlich die Gelegenheit geboten wird, sich der verdienten Ruhe hingeben zu können. Ist es nicht mehr als recht und billig, daß er seinen jüngeren Kollegen die Gelegenheit gönnt, sich auch zu seiner Stellung emporzuarbeiten? Hat nicht letzten Endes auch seine Familie ein Anrecht darauf, daß er sich ihr widmet, ehe er im Dienst zusammenbricht? Wenn es nicht außerordentlich nötig wäre, würde der Staat keine derartige Maßnahmen treffen und auf Ruheetzung drängen. Das wissen die alten Herren sehr wohl!

Die dort angeführten Beispiele aus der „menschlichen Gesellschaft“, dürften auch nicht ganz stimmen. So ist es bei den Landwirten ein alter Brauch, daß sich der Vater zurückzieht, sobald der Sohn das Alter erreicht, in dem er selbständig wird. Beim Handwerker und Geschäftsmann liegt der Fall ähnlich. Nur dann, wenn ihm die Not treibt, wenn ihm die Verhältnisse zwingen, bis zur letzten Stunde zu arbeiten, bleibt er auf seinem Geschäft. Jedenfalls würden diese alle, wenn ihnen ihr Unterhalt vom Staat sichergestellt würde, gerne bereit sein, jenen an der Tafel des Lebens Platz zu machen, die bisher daneben standen und zusehen mußten. — Mit der Ruheetzung heißt es weiter, sollte zugepartet werden, bis die Kaufkraft des Geldes in die Höhe geht. Diese wird sich steigern, sobald überall fröhlich gearbeitet wird. Hierzu gehört aber in erster Linie die Vollkraft der Jugend. Sie hat vor allem mitzuhelfen, an sie werden die großen Anforderungen gestellt werden müssen, denn sie hat auch während des Krieges die Hauptarbeit geleistet. Nach dem Grundsatz: „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte“, muß ihr das Vorwärtstommen ermöglicht werden. Es kann noch sehr, sehr lange gehen, bis die erwähnten geordneten Zustände wieder

eingeleitet sind und bis dahin wären die Geduldsfäden, die die jüngeren Beamten schon Jahre lang spinnen mußten, längst zerrissen. Die Zahl der Verärgerten ist in diesen Kreisen schon viel größer, als man nur ahnt. Jedenfalls haben die alten Herren keine Ursache, ihre seit vielen Jahren geschmähten, jüngeren Kollegen, als „ungebändigte Rohfächer“ zu bezeichnen. Der Abschied wird ihnen herzlich leichter fallen, wenn sie sich statt dem Spruch vom Mohnen und seiner Schuldigkeit einen andern vor Augen halten, der lautet: Nach getaner Arbeit ist gut ruhen.“

Nichts gelernt, nichts vergessen. Im „Süddeutscher Volksblatt“ wird folgendes ausgeführt:

„In ihrem feierlichen Aufruf mahnt die Reichsregierung das deutsche Volk, angesichts der Vernichtungsgefahr zusammenzustehen und ohne Unterschied der Partei sich zusammenzuschließen. Diese Mahnung fällt allenthalben auf guten Boden und es ist, als ob die Vernichtungsgefahr von außen die innere Lage entlasten und einen neuen Burgfrieden entwickeln wollte. Eine unwürdige Ausnahme aber macht die „Südd. Ztg.“, die immer noch nichts gelernt und nichts vergessen hat, mögen die Flammen auch schon über dem Dache des deutschen Hauses zusammenzuschlagen. In ihren Betrachtungen über die neuen Präliminarien in Versailles weiß das alldeutsche Blatt nichts Besseres zu tun, als ihre alten Anklagen gegen die Mehrheitsparteien wieder aufzuwärmen und insbesondere Erzberger anzulagen, dessen Verständnisspolitik den Siegeswillen im deutschen Volk geschwächt und unsere Niederlage verschuldet haben soll. Für diese groteske und fixe Bahndee bleibt das Blatt natürlich auch heute wieder den Beweis schuldig. Wozu gerade heute wieder die lächerliche Anklage? Soll etwa das alldeutsche Sündenregister damit zugefüllt werden? Wahrlich wäre diesen Kreisen heute besser, sie würden einmal über dieses Register nachdenken und vor der eigenen Tür lehren, wenn schon einmal geteufelt werden soll. Heute spüren sie am eigenen Volk, wie so ein Gewaltfrieden schmeckt! Der Artikel betont zum Schluß, daß gerade der unersöhnliche, sogar die höchste Not des Vaterlandes parteipolitisch ausbeutende Geist ihre Gewaltpolitik die vornehmste Ursache des Krieges wie des Scheiterns der Verständigungspolitik der Mehrheitsparteien und damit unserer Niederlage und damit der Verfall der Gewaltpolitik von 1919 geworden sei.“

Aus der Landeshauptstadt.

Bürgerausschuss-Sitzung.

* Der Bürgerausschuss nahm in seiner gestrigen Sitzung die Vorlage des Stadtrats betr. die Gewährung einer einmaligen Feuerungszulage an die städtischen Bediensteten, die einen Aufwand von 1 630 000 Mark bedingt, einstimmig an, desgleichen einen von Mitgliedern sämtlicher Fraktionen unterzeichneten Antrag, es möge nachträglich die vom Bürgerausschuss am 7. März bewilligte laufende Zulage zu den Feuerungshilfen für alle Beamten mit Wirkung vom 1. Januar auf 750 M. erhöht werden. Der Stadtrat hatte den letzteren Antrag, der 155 000 M. an ungedeckten Mitteln erfordert, als nicht annehmbar bezeichnet. Sodann genehmigte die Versammlung eine Vorlage über den Abschluß eines Tarifvertrags des Vorstands der badischen Städte der Städteordnung und des Vorstands des Verbands der mittleren Städte mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gau Mannheim und Stuttgart, dem Zentralverband der Gemeinbedienten und Straßenbahner Deutschlands, Bezirk Südwestdeutschland und der Zentrale Mannheim der Kirch-Dunderscher Gewerbetreibenden Badens, der für die einzelnen Städte erst nach ihrer Zustimmung wirksam wird, sowie einen vom Stadtrat Karlsruhe mit den Bezirksorganisationen des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter und des Zentralverbands der Gemeinbedienten und Straßenbahner Deutschlands getroffenen Vereinbarung über das Inkrafttreten des allgemeinen Tarifvertrags in Karlsruhe. Schließlich wurde der Vertrag mit dem neuen Leiter des städtischen Wäldamts und Geschäftsführers der Karlsruher Milchversorgung, G. m. b. H. Dr. Sandhoff, Leiter des chem. Untersuchungsamts im Bodium, gutgeheißen. Als um 1/2 Uhr die Sitzung noch fortwährte, beschloß die Vertreter der Presse, die Berichterstattung einzustellen, nachdem man auch gestern wieder ihrem schon oft geäußerten Wunsch nach früherem Beginn der Sitzungen nicht Rechnung getragen hatte.

Verst. Bekanntmachungen

Lieferung von Granitpflastersteinen: 48000 Stück Großpflastersteine erster Sorte, 9800 am Kleinpflastersteine für den Mannheimer Hauptgüterbahnhof nach der Fin. Ministerialverordnung vom 3. Jan. 1907 in 7 Losen öffentlich zu vergeben. Bedingungen siehe auf unserer Kanzlei, Tummelstraße 5, zur Einsicht, wo auch die Angebotsdrucke nebst den besonderen Bedingungen erhältlich. Kein Verband nach auswärts. Angebote mit der Aufschrift „Lieferung von Granitpflastersteine“ spätestens bis 28. Mai ds. Jrs., vorm. 11 Uhr, verschlossen und postfrei bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. Mannheim, 14. Mai 1919. Bauinspektoren I.

Bekanntmachung.

Die Befegung des Bezirkes IX in Mannheim betr. Der Bezirke IX des Amtesbezirks Mannheim umfassend: Die Neckarstadt östlich der Vorhöf, Waldhof- und Lugenbergstraße bis zur Bahn Industriehafen-Sammelbahnhof-Niedbahnbrücke und einige Gewanne östlich dieser Brücke beim Bahnhof Käfertal-

Wohlflegen, ist infolge Ab-

lebens des Inhabers neu zu befehen. R. 264. Bewerbungen für diesen Bezirk sind bis spätestens 8. Juni ds. Jrs. schriftlich bei uns einzureichen; sie müssen genaue und wahrheitsgetreue Angaben über Namen, Geburts- und Wohnort, Alter, Familienverhältnisse, Vorbildung und seitherige Tätigkeit enthalten. Ferner hat der Bewerber beizubringen: 1. Eine Beurteilung über die Aufnahme unter die für eine Kammerstelle befähigten Personen auf Grund abgelegter Prüfung. 2. Ein Zeugnis der Ortspolizeibehörde des seitherigen Wohnorts, oder, wenn der Bewerber nicht schon längere Zeit an diesem Ort anwesend ist, des früheren Wohn- oder Aufenthaltsortes über den Besitz eines guten Reumunds, sowie beglaubigte Zeugnisse über die seitherige Beschäftigung. 3. Ein Zeugnis eines Staatsarztes über eine zur Ausübung des Kammergewerbes befähigende tüchtige Körperbeschaffenheit. Mannheim, 13. Mai 1919. Badisches Bezirksamt IV a.

Ausschreiben.

Bei der Breisgauischen Mitterschafts-Stiftung in Freiburg i. B. ist eine Rente von 400 M. jährlich zu vergeben. G. 510. Der Bewerber sind beizufügen: 1. Der Nachweis der Abstammung aus einer Familie — väterlicherseits —, welche zur Zeit der Auflösung der vormaligen Breisgauischen Mitterschaft bei derselben immatrikuliert war. (Es kommen folgende Familien in Betracht: Andlaw-Homburg, Beroldingen, Fahrenberg, Froberg, Girardi, Demnin, Kagened, Neuen, Reichstein, Junglingen, Kindboldstein, Hogenbach, Rothberg-Rheinweiler, Schönau-Behr, Sickingen-Hohenburg, Stözingen, Wangen, Wittenbach und Wweher). 2. Der Geburtschein. 3. Ein amtlich beglaubigter Nachweis der Vermögensverhältnisse. Einreichung der Bewerbungen bis 30. Mai 1919, portofrei, an die Unterzeichnete. Freiburg i. B., Franziskanerstr. 9, 14. Mai 1919. Die Exekutorin der Breisgauischen Mitterschafts-Stiftung.

Kunsthandlung u. Kunstgewerbehaus
KARLSRUHE



GEMALDE
Radierungen

Stilvolle
Einrahmungen

Gerber & Schawinsky
221 Kaiserstraße 221
Eingang von kunstgewerbli. Neuheiten.

Alttertümern Ich kaufe zu angemess. Preisen: Alttertümern, Porzellan, insbesondere figürliche Darstellungen, wenn auch defekt, Gemälde, Kupferstiche, Miniaturbildchen auf Eisenblech od. Porzellan, Goldschmuck od. neu. Art, auch Erbsgold. Antiquitätenhandlung **Arnold Fischl** Kaiserstr. 140, neben Königer, Fernspr. 3166.

Alttertümern:
Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickereien, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken, sucht fortwährend zu kaufen
Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233. Tel. 1154



**Brilliant-Klein
Büdo
N° 20**

Reizende Geschenke
für die Sammelmarken.
Büdowerk Schweningen 74.

Jacobys Börsen-Korrespondenz
Unentbehrlich für jeden Privatkapitalisten.
Auskünfte über Wertpapiere usw.
Probenummern gratis. Berlin W 8, Kanonierstr. 39.

Größerer Posten
Milchzentrifugen
sofort ab Lager zu verkaufen:

40 Liter Stundenleistung	Mark 250.-
65 " "	320.-
120 " "	430.-
220 " "	785.-

Scheerle & Jureit, Hamburg, Bieberhaus.
Telegraphadresse: Elektroheerde. Telefon: Merkur 731, Alster 511, Eibe 8656.

Wohnungsnot!
Der heftige Wohnungsmangel ist so groß, daß wir nur in unbedingten Bedarfsfällen die Erlaubnis zum Bezug hierher geben können. G. 511
Neckargemünd, den 15. Mai 1919.
Wohnungsamt.

Badisches Landestheater.
Im Konzerthaus:

Sonntag, 18. Mai, nachmittags 2 Uhr, Sondervorstellung: **Herrschafflich. Don Juan** (Sonnt. 6.).

Mont. 19. (Ab. 82.), „Der Waffenschmied“, 7. (4 M. 80 Pf.). — Dienst. 20. (Die. 83.), „Nachtstuhl“, 7. (4 M. 80 Pf.). — Mittw. 21. 7. Schülermiets-Vorstellung. „Clavigo“, 7. (4 M. 80 Pf.). — Donnerst. 22. (Do. 83.), „Lucia von Lammermoor“, 7. (4 M. 80 Pf.). — Freit. 23. (Frei. 81.), „Die Bürger von Calais“, 7. (4 M. 80 Pf.). — Samst. 24. (Sa. 81.), „Das Extemporale“, Ein Lustspiel in 3 Akten von Hans Sturm u. Moritz Körber. 7. (4 M. 80 Pf.). — Sonnt. 25. Sondervorst. „Im weißen Rössl“, 7. (4 M. 80 Pf.). — Im Landestheater, Sonnt. 25. (So. 7.), „Tristan und Isolde“, 6. (7.-) Mont. 26. (Mo. 83.), „Die deutschen Kleinräuber“, 7. (4.60). — Mit Wiedereröffnung des Landestheaters werden die Eintrittspreise infolge der Einführung der städt. Luftverkehrssteuer entsprechend erhöht. G. 487.

Handwerker, Kaufleute, Gewerbetreibende!

Durch die schweren Friedensbedingungen ist das Interesse zu den **Stadtverordneten-Wahlen** in den Hintergrund getreten. Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben, die **Gemeindewahlen** sind ebenso wichtig, wie die **Nationalwahlen zum Reich und bad. Landtag**. Wir müssen verhindern, daß eine gewisse Partei die **absolute Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium** bekommt. Diese Gefahr besteht, wenn

Handwerker, Kaufleute, Gewerbetreibende von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen und schmolend bei Seite stehen!

An Euch liegt es, diese **Gefahr** abzuwenden. Geht unbedingt zur Wahl und gebt für diejenige Partei den Stimmzettel ab, die Euch am nächsten steht. Auf den Listen aller Bürgerparteien stehen Handwerker und Kaufleute in gesicherter Stelle, welche in der Lage sein werden, Eure Interessen zu vertreten. Kein **Handwerker, kein Kaufmann, kein Gewerbetreibender** samt seinen **wahlberechtigten Familienmitgliedern** fehle am 18. Mai.

Die Wahlhandlung findet am Sonntag, den 18. Mai 1919, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, statt.
Wählt frühzeitig! Wählt frühzeitig!

Vereinigung der Karlsruher Handwerker und Gewerbetreibenden:
Der Siebener-Ausschuß.

Rabatt-Spar-Verein Karlsruhe, **Detailisten-Vereinigung Karlsruhe (e. V.)**
(Schutzverein für Handel und Gewerbe).

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.
Filiale Karlsruhe i. B. gegenüber der Hauptpost.
Ausführung aller in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.

Badische Kleider-Klinik
30 Zirkel 30 (gegenüber der „Bad. Presse“) Telefon 4120
Reparatur-, Bügel- und Reinigungs-Anstalt.
Umänderungen jeglicher Art werden unter Garantie für tadellosen Sitz ausgeführt. — Prompte Bedienung. — Billige Preise.
G 96 **WOLF AMSTOWSKI.**

Gelegenheitskauf!
Schlaf-Zimmer
bestehend aus: 1 Schrank mit oder ohne Spiegel, 1 Waschkommode mit Spiegel, 2 Bettstellen, 2 Rosten, 2 Nachttischen, 2 Matratzen, 3-teilig, mit Keil, 2 Stühlen, 1 Handtuchständer

von Mark **1375.—** an
nur so lange Vorrat reicht.
Möbelhaus Gebr. Karrer
Hauptlager: Philippstr. 19. Laden: Ecke Kaiser- u. Douglasstr. (Hauptpost).

Alttertümern in Möbeln, Schmuck, Silber, Zinn usw. kauft zu hohen Preisen **An- u. Verkaufsgeschäft Neukam,** Lammsstr. 6 im Hof. Tel. 3546

Feuersich. Autogaragen aus verzinktem Wellblech abzugeben. G 498 **Gebr. Wöhenbach, G. m. b. H., Weidenau - Sieg.**

Kontroll-Raffen, National, alle Arten, auch alte Modelle, zu kaufen gesucht. Angebote erbeten unter G. 79 a d. Exped. der Karlsruher Zeitung.

Hohenfels: Gasthaus u. Pension 1/2 Stunde v. d. Stat. Albrück Post. Linie Basel-Konstanz. Teleph. Schönster Punkt des wildr. Albtales. Inmitten herrl. Taunwald. bietet Erholungsbedürftig, annehm. Aufenthalt. Gute Verpfleg. Bes.: Fritz Schlegel.

Oberkirch **Hotel Schwarzer Adler**
Altbekanntes Haus für Touristen, Kurgäste, Vereine, mod. eingerichtet, elektr. Licht, Bäder, gedeckte Terasse, schattig. Renchtal (bad. Schw.) Garten, gute Küche m. eig. Metzgerei, reine Oberkircher Weine, bayerisch Bier, mäßige Preise. Emil Matt.

Westerland auf Sylt
Die Königin der Nordsee
Hauptsaison: 1. Juni bis 15. September. Kalte und warme Bäder. — Gute Verpflegung. Luftpostverbindg. Kinderheilstätten. — Ausk. u. Prosp. d. d. Städt. Badeverwaltung od. die Annonen-Expedition Huvag (Haasenstein & Vogler A.-G.), Karlsruhe: Kaiserstraße 136 u. Friedrich Morlock.

Zentralheizungen Sanitäre Entwässerungs-Rohranlagen Reparaturwerkstätte
Jul. Rödler, Ing., vorm. W. Kiby, Herrenstr. 48 Fernspr. 517

Guter Ton und feine Sitte
Geschenkwert 4 5,50. Die Kunst des Gefallens 6,40. Mod. Weg z. Ehe 3,20. Bekämpfung der Schüchternheit 3,25. Die Gabe der gewandten Unterhaltung 3,20. Liebesbriefsteller 3,20. Langleibbuch 3,25. Klavierschule 7,40. Violinschule 6,50. Traumbuch 2,75. Privat- und Geschäftsbriefsteller 5,50. 1000 chem. techn. Rezepte zu Handelsartikeln. 5,50. Nachnahme. S. Schwarz & Co. Berlin H 14, Annenstr. 24. G 324

Brenn-Holz
Buchen u. Eichen, 3 Streden der Kolln, Forlen, Lannen (Anfeuchholz), amtlich festgestellte Preise. Das Holz wird auf Verlangen von 1 Zentner an aufwärts zugeführt. Ausgabestelle: **Gerwigstraße 53**
Fr. Kempermann Telefon 5206
Brennholzgeschäft, Spaltstraße und Bündelholzfabrik
Kaltstelle der elektrischen Bahn am Schlachthof.

Taschenuhren
wenn auch reparaturbedürftig, werden stets **ausgekauft** in **3998**
Weintraubs
An- und Verkaufsgeschäft, Kronenstr. 52.

Charakterfehler
Erkenne Deine und anderer Charakterfehler und richte Dich darnach. Auskunft über Charakter, Vorzüge und Schwächen nach der Handschrift, 20 Zeilen. Nur 1.15 Mark. Wissenschaftliche Begründung 1 Mark mehr.
Oskar Leus
Gauten-Raitbach (Waden).

Tabakwaren, Rauchtabak, Zigarren, Strunken zum Vertrieb von Agenturbüro gesucht. Angebote unter G 500 an die Exped. der Karlsruher Zeitung erbeten.

Bürgerl. Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit. 2.896.2.1 Karlsruhe. Der Kaufmann Adolf Kemmer hier, Prozeßbevollmächtigter, Rechtsanwalt Dr. Sanders hier, hat die Klage gegen den Kaufmann Edmund Kummle und dessen Ehefrau Alara geb.

Web, früher zu Bruchsal, jetzt unbekannt wo, aus Darlehen vom 25. Januar 1919 erweitert mit dem Antrag auf gegen Siderheitsleistung vorläufig vollstreckbare Beurteilung, a. der Eheleute Kummle auch zur Tragung der Kosten des Arrestverfahrens und des Arrestvollzuges, b. des Ehemanns Kummle zur Duldung der Vollstreckung des Urteils in das eingebrachte Gut der Ehefrau Kummle.
Der Kläger ladet die Beklagten auch hierüber zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreites vor die 5. Zivilkammer des Landgerichts zu Karlsruhe auf Montag, den 16. Juni 1919, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Karlsruhe, 24. April 1919.
Gerichtsschreiber des Landgerichts.

M. 206 Triberg. In dem Konturverfahren über das Vermögen des Kaufmanns August Andris in Triberg ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichniß und zur Festsetzung der Vergütung der Gläubigerausschußmitglieder auf **Mittwoch, 4. Juni 1919, vormittags 11 Uhr,** vor dem Amtsgericht in Triberg, Zimmer Nr. 6, bestimmt.
Triberg, 10. Mai 1919.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Bertholdene Bekannmachungen.
Beim Männerzuchtshaus Bruchsal ist die Stelle eines **Antistaltarztes**

zu besetzen. Bewerber, welche die vorgeschriebene staatsärztliche Prüfung abgelegt haben, wollen ihre Gesuche unter Beifügung von Zeugnissen und einer Darstellung des Lebenslaufes bis 10. Juni 1919 beim Justizministerium einreichen.
Karlsruhe, 12. Mai 1919.
Justizministerium.

Oberförsterstellen.
Bei der Fürstlich Fürstentumsgenossenschaft sind zwei Oberförsterstellen mit jüngeren Forstbeamten zu besetzen, die das Staatsexamen für den höheren Forstverwaltungsdienst in Baden, Württemberg oder Württemberg gut bestanden haben. Anfangsgelalt nach Vereinbarung. Bewerbungen sind unter Angabe der persönlichen Verhältnisse mit Zeugnissen belegt bis 1. Juni d. J. bei der Fürstlich Fürstentumsgenossenschaft in Donaueschingen einzureichen. G. 512.2.1